

Call for Paper für die Jahrestagung des Arbeitskreises Demokratieforschung 2011

Demokratie und politische Gewalt

Tagung des DVPW-Arbeitskreises "Demokratieforschung"
Ruprecht-Karls-Universität, Heidelberg, 18. bis 20. April 2012
Lokale Organisation: Aurel Croissant

Die Domestizierung und Zentralisierung des Einsatzes von Gewalt ist das zentrale Ordnungsproblem von Gesellschaften. Demokratie als gesellschaftliche Ordnungsform zielt ab auf die Exklusion von Gewalt. Der demokratische Prozess ist ein politisches Verfahren, durch das Individuen und Gruppen in die Lage versetzt werden sollen, ihre Interessen, Meinungen und Ansichten friedlich Ausdruck zu verleihen. Politische Gewalt, der (angedrohte) Einsatz von physischem Zwang zur Erreichung politischer Ziele, wird dadurch obsolet.

Offenkundig ist dies jedoch in der *Empirie* oftmals nicht der Fall:

1. Ebenso wie Autokratien nutzten demokratische Staaten Gewalt, wenn sie es für den Selbsterhalt als notwendig erachten und um gewaltbereiten Akteuren und Bewegungen zu widerstehen, die den demokratischen Prozess ablehnen. Die Befunde der Forschung zu „contentious politics“ und die neuere Terrorismusforschung etwa bieten einige (allerdings umstrittene) empirische Evidenzen, dass extremistische Bewegungen und terroristische Organisationen häufiger in Demokratien als in Nicht-Demokratien aktiv sind. Eine Vermutung ist, dass dies mit vorteilhafteren politischen Opportunitäten und vielfältigeren Mobilisierungsstrukturen zusammenhängen könnte. Das Scheitern der Demokratien bei der Eindämmung extremistischer Gewalt und ihrer innergesellschaftlichen Konsequenzen kann einen Vertrauensverlust der Bürger nach sich ziehen und damit negative Folgen für die Stabilität und Funktionsfähigkeit der Demokratie besitzen.
2. Die Ergebnisse der quantitativen empirischen Konfliktforschung belegen, dass die These vom „domestic democratic peace“ modifiziert werden muss. Zwar besteht zwischen dem Demokratisierungsgrad eines Landes und dem Risiko gewaltförmiger innerstaatlicher Konflikte ein Zusammenhang. Die Verbindung von Demokratie und innenpolitischem Gewaltniveau ist jedoch nicht-linear: Während „intakte“ Demokratien und „harte“ Autokratien in der Lage sind, innergesellschaftliche Konflikt- und Gewaltpotential auf ihre je eigene Weise – entweder über friedliche Bearbeitung mittels politischer Partizipation oder durch Repression – zu entschärfen, ist in halbdemokratischen oder hybriden Systemen („Anokratien“) das Risiko gewaltsamer Kämpfe deutlich erhöht. Diese sind wegen ihres uneinheitlichen Institutionensystems zu keiner der beiden Lösungen in der Lage: weder ist die institutionelle Kontrolle groß genug, eine Unterdrückung zu leisten, noch bestehen ausreichende Möglichkeiten, Konflikte friedlich zu lösen
3. Die Forschung zum Theorem vom Demokratischen Frieden hat den Nachweis erbracht, dass Demokratien sich zwar untereinander friedfertig verhalten und auch sonst vor dem Einsatz von Gewalt als Instrument der Interessendurchsetzung zurückschrecken; sie sind aber nicht grundsätzlich seltener in Kriege involviert als Nichtdemokratien. Mitunter setzen Demokratien auch gezielt Gewalt dazu ein, um ihr Ordnungsmodell zu exportieren.
4. Darüber hinaus gibt es empirische Evidenz, dass der Zerfall autoritärer Ordnung, Regimewechsel und insbesondere Demokratisierungsprozesse zumindest in bestimmten Phasen und unter bestimmten strukturellen Rahmenbedingungen das Gewaltpotential von Gesellschaften und ihre Anfälligkeit für den Einsatz von Gewalt im Inneren als auch in ihrem regionalen oder internationalen Umfeld erhöht.

Was sind die *Auswirkungen dieser Entwicklungen auf die Demokratie*? Grundsätzlich sieht sich die liberale Demokratie in der Auseinandersetzung mit politischer Gewalt mindestens drei Herausforderungen gegenüber:

1. *Die normative Herausforderung*: Politische Gewalt verkörpert eine fundamentale Verletzung der Kernprinzipien liberaler Demokratie. Im Falle des religiös motivierten Terrorismus etwa sind Ziele und Prinzipien nichtstaatlicher Gewaltakteure weder verhandelbar, noch sind sie mit den Kernprinzipien der liberalen Demokratie in irgendeiner Weise in Übereinstimmung zu bringen. Die demokratischen Verfahren der Deliberation müssen hier bei der Konfliktlösung versagen.
2. *Die Herausforderung der demokratischen Selbstbeschränkung*: Liberale Demokratien müssen sich bei der Bekämpfung ihrer Gegner innerhalb wie außerhalb der eigenen Gesellschaft Grenzen setzen, um nicht die eigenen Prinzipien und Verfahren zu untergraben. Bestimmte (gewaltsame) Reaktionsformen scheiden dann nach den Prinzipien des Rechts- und Verfassungsstaats oder des internationalen Rechts aus. Andere mögen zwar zulässig sein, laufen aber Gefahr, die Legitimität und die Qualität der Demokratie auf Dauer zu beschädigen. Dies gilt auch für zuerst legitime Vorgehen, wenn sie nicht restriktiv angewendet werden und demokratischen und rechtsstaatlichen Kontrollen entgleiten und dadurch die fundamentalen Rechte der Bürger, welche eigentlich oder angeblich verteidigt werden sollen, verletzen.

3. Die *Herausforderung der Vermeidung negativer, nicht-intendierter Konsequenzen* der Verhinderung, Unterdrückung oder Bekämpfung politischer Gewalt. Bestimme Reaktionsformen auf Herausforderungen durch innerstaatliche Gewaltakteure laufen Gefahr, die Ursachen von politischem Extremismus noch zu vertiefen. Gerade wenn politische Gewalt und Extremismus in einem direkten Bezug zu ethnischen Konflikten stehen, was oftmals der Fall ist, ist das Risiko dafür hoch. Damit droht die Demokratie im Wechselspiel von politischer Gewalt und Gewaltbekämpfung zerrieben zu werden. Gefangen in einem „vicious cycle“ von extremistischer Gewalt und autoritär-illiberaler Reaktion droht die Demokratie zum eigentlichen strukturellen Opfer politischer Gewalt zu werden

Die Lektionen etwa aus dem Umgang der westlichen, etablierten demokratischen Verfassungsstaaten mit politischem Extremismus und Terrorismus der 60er und 70er Jahre oder mit gewaltförmig aufbrechenden kommunalistischen Konflikten und Verteilungskonflikten zeigen, dass konsolidierte liberale Demokratien gute Aussichten haben, die genannten Herausforderungen zu bewältigen, ohne einen Verlust an demokratischer Qualität und Legitimität zu erleiden oder das Problem noch zu verschärfen. Die Herausforderungen, denen junge, nicht konsolidierte und nicht-intakte Demokratien gegenüber stehen, sind jedoch ungleich größer als in den etablierten OECD-Demokratien. Zwar scheitern extremistische Organisationen auch hier meist bei der Durchsetzung ihrer primären Ziele. Allerdings ist der Preis für ihre erfolgreiche Bekämpfung oftmals erheblich.

Das Verhältnis von Demokratie und politischer Gewalt wirft also eine Vielzahl von *Fragen* auf, die in der theoretischen und empirischen Demokratieforschung und den politikwissenschaftlichen Teildisziplinen recht unterschiedlich und oftmals weitgehend unabhängig voneinander bearbeitet werden. Die geplante Tagung bietet eine gute Gelegenheit, um den Stand der bisherigen Diskussionen, Debatten und Befunde innerhalb der Forschung aufzuarbeiten, neue theoretische und empirische Befunde zu präsentieren sowie weiterführende Forschungsperspektiven aufzuwerfen. Im Sinne einer strukturierten Diskussion sollen insbesondere die folgenden 5 Frage- und Themenbereiche behandelt werden:

1. Die *Exklusion und Vermeidung von Gewalt durch demokratische Verfahren*: der demokratische Prozess sucht Gewalt durch Debatte, Diskussion und Deliberation auszuschließen und eine friedliche Vermittlung von Konflikt und Unterschieden. Dabei sind bestimmte Konflikte allen modernen komplexen Gesellschaften inhärent und an sich kaum vermeidbar. Welche Regeln und Verfahren sind für deren Vermittlung geeignet, welche werden angewendet und wie effektiv und effizient sind sie?
2. *Typen und Gründe*: Welche Typen von politischer Gewalt und welche Gewaltakteure lassen sich identifizieren? Finden sich Hinweise auf die Proliferation von neuen Gewaltformen in Demokratien und die Ursachen politischer Gewalt in entstehenden, jungen oder etablierten Demokratien. In welchem Zusammenhang stehen sozialer, politischer und ökonomischer Wandel einerseits und das Auftreten neuer Gewaltakteure und Gewaltformen? Können auch kulturelle Differenzen (z.B. religiöse und ethnische Differenzen) zu Gewalt beitragen und damit Demokratien vor Herausforderungen stellen?
3. Der *Einsatz von Gewalt durch Demokratien, um den demokratischen Prozess vor jenen Gewaltakteuren zu schützen*, die nicht bereit sind, die Prinzipien und Verfahren der Demokratie zu akzeptieren. Wie reagieren Demokratien auf solche Herausforderungen und wie sollten sie damit umgehen? Welche institutionellen Institutionen und Innovationen bieten geeignete Lösungsmöglichkeiten?
4. Die *Herausforderungen der Demokratie durch Gewalt*: Unter welchen Bedingungen, aus welchen Gründen und mit welchen Begründungen greifen nicht-staatliche Akteure in Demokratien auf Mittel der politischen Gewalt zurück? Welche Folgen ergeben sich für die Stabilität und die Institutionen der Demokratie; sowie die Legitimität und Unterstützung der Demokratie insgesamt?
5. Die *Konsequenzen von politischer Gewalt* für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft: Welche Auswirkungen besitzt politische Gewalt auf das materielle Leistungsprofil der Demokratie; auf die Akteure selbst, das Auftauchen neuer Akteure und Machtverschiebungen zwischen den Akteuren? Welche ökonomischen Kosten von politischer Gewalt und Extremismus sind zu konstatieren?

Wir laden PolitikwissenschaftlerInnen, die zu diesen fünf angesprochenen Aspekten forschen, herzlich dazu ein, ihre Befunde auf dieser Tagung des DVPW-Arbeitskreises „Demokratieforschung“ zu präsentieren. Sowohl theoretische als auch empirische Beiträge sind gewünscht. Dies schließt den Zugang mit verschiedenen methodischen Verfahren, Fallstudien wie auch systematische Vergleichsstudien ein.

Abstracts (max. 500 Wörter) sind erbeten bis zum 15. November 2011 an aurel.croissant@urz.uni-heidelberg.de und pickel@rz.uni-leipzig.de. Über die Zusammensetzung des Programms wird Ende Dezember 2011 informiert.